

## A10NEU Die soziale und gerechte Stadt

Gremium: Vorstand KV LU - Nesrin Akpinar  
Beschlussdatum: 20.10.2018  
Tagesordnungspunkt: 0. Tagesordnung

### Text

1 Wir setzen auf die Bekämpfung von Armut!

2 Ziel grüner Sozialpolitik ist es, allen Menschen die gleichberechtigte und  
3 eigenständige Teilhabe am städtischen Leben zu ermöglichen. Wir werden die  
4 Ausgrenzung von Menschen verhindern, die mit Behinderung, Armut oder in  
5 Einsamkeit leben. Wir werden Politik für alle Menschen unserer Stadt machen.  
6 Politik für alle Menschen der Stadt ist die Voraussetzung für ein friedliches  
7 Zusammenleben aller Menschen. Wir setzen uns für bessere soziale Infrastruktur  
8 und gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen ein. Hilfesysteme wollen wir  
9 konsequent an der Würde und den Bedürfnissen der Hilfsbedürftigen ausrichten. Es  
10 gilt, mit den Möglichkeiten der kommunalen Sozialpolitik Armut zu bekämpfen und  
11 möglichst zu verhindern, dass Menschen in Armut fallen.

12 Besonderes Augenmerk muss der Bekämpfung der Kinderarmut und der Verbesserung  
13 der Situation Alleinerziehender gelten. Bei der Berichterstattung und bei der  
14 Erstellung eines Konzepts zur Armutsbekämpfung müssen die freien Träger, die  
15 über eine besonders große Erfahrung in der Arbeit mit armen Menschen verfügen,  
16 berücksichtigt werden.

17 Menschen ohne eigenes Einkommen sollen auf einem Mindestniveau versorgt sein und  
18 in Würde leben können; möglichst in selbst angemieteten Räumen unter  
19 Gewährleistung einer kontinuierlichen Versorgung mit Strom und Heizenergie und  
20 mit erträglichen sanitären Bedingungen. Damit keine Menschen in Notunterkünften  
21 leben müssen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, muss die Stadt ein  
22 Handlungskonzept erarbeiten.

23 Energieeffizientes Wohnen darf nicht nur zahlungskräftigen Mietern und  
24 Eigentümern vorbehalten sein. Der Stadtvorstand muss auf die  
25 Wohnungsbaugesellschaft GAG einwirken, damit gerade finanziell schwache Bürger die  
26 Chance haben, mit einer erträglichen „zweiten Miete“, d.h. zu erschwinglichen  
27 Energiekosten leben zu können. Bei Sanierungsprogrammen wie in der Südlichen  
28 Innenstadt muss die Stadt darauf hinarbeiten, dass bei der Renovierung von  
29 Wohnraum soziale und ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

30 Grüne Ziele sind...

- 31 • Ein Konzept zur Bekämpfung finanzieller Notlagen und gegen die Einweisung  
32 in Notunterkünfte
- 33 • Ein Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut
- 34 • Weitgehende Sicherungen gegen Strom- und Heizenergiesperren bei finanziell  
35 Schwachen und Gebührenfreiheit bei Entschuldungsmaßnahmen
- 36 • Energieeffiziente Wohnangebote für finanziell Schwache
- 37 • Ökologische und soziale Eingriffe bei der Wohnraumsanierung
- 38 • Intensivierung der Schuldnerberatung für junge Leute.

39 Beratung und Versorgung - wohnortnah

40 DIE GRÜNEN fordern einen Ausbau von Einrichtungen der sozialen Beratung und  
41 Versorgung auf Stadtteil- und Quartiersebene. Gerade finanziell oder in der  
42 Mobilität eingeschränkte Menschen greifen auf dezentrale Angebote zurück.  
43 Quartiersbezogene Familieneinrichtungen sind daher eine wichtige Hilfe für Alte,  
44 Alleinerziehende, Einsame und vielen Menschen mit unzureichenden  
45 Deutschkenntnissen.

46 Beschäftigung fördern, Arbeitslosigkeit mindern

47 Die Stadt wird alle Möglichkeiten nutzen, Arbeitslose zu qualifizieren und  
48 mithilfe eines „dritten Arbeitsmarkts“ bedarfsgerechte Arbeitsgelegenheiten  
49 anbieten, die den Betroffenen auch zu einer spürbaren finanziellen Verbesserung  
50 verhelfen. Zur Integration bildungsberechtigter Jugendlicher in den  
51 Ausbildungs- und Arbeitsmarkt müssen erfolgreiche Maßnahmen wie KÜM  
52 „Kooperatives Übergangsmanagement Schule Beruf“, Berufslotsen und Jobfüxe zur  
53 Regel werden. Zum Abbau von Diskriminierung werden wir auch auf kommunaler Ebene  
54 anonyme Bewerbungsverfahren voranbringen.

55 Grüne Ziele sind...

- 56 • Den Erhalt- und die Erweiterung von Ausbildungsplätzen bei der  
57 Stadtverwaltung und ihren Tochtergesellschaften,
- 58 • Weitere Qualifizierungsinitiativen für junge und ältere Arbeitslose in der  
59 Stadt im Verbund mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und den  
60 Weiterbildungseinrichtungen,
- 61 • Städtische Unterstützung eines lokalen „Dritten Arbeitsmarkts“
- 62 • Zusatzjobs und sozialgeförderte Jobs zur dauerhaften Eingliederung in das  
63 Berufsleben mithilfe von Bundes- und Landesprojekten

64 Stadt für alle Generationen

65 Die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen werden in der altersgerechten  
66 Stadt berücksichtigt. Wie z.B. Öffentlicher Nahverkehr, Wohnungspolitik und  
67 barrierefreier Kommunikation. Für kranke und pflegebedürftige Menschen muss ein

68 engmaschiges Hilfe- und Informationsnetz zur Verfügung stehen. Wir setzen uns  
69 dafür ein, dass Menschen in Altersarmut in Ludwigshafen finanziell abgesichert  
70 und würdig wohnen und leben können.

71 Grüne Ziele sind...

- 72 • Mehr Lokale Anstrengungen zur Verhinderung von Altersarmut besonders bei  
73 Frauen
- 74 • Ein Konzept und die Umsetzung für altersgerechte Mobilität und  
75 altersgerechtes Wohnen in der Stadt
- 76 • Pflegestützpunkte müssen möglichst stadtteilnah eingerichtet werden
- 77 • Förderung der Mitwirkung älterer Menschen in allen sie betreffenden Fragen
- 78 • Ehrenamt für alle

79 Flüchtlingspolitik

80 Nach Ludwigshafen kommen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, aber auch vor  
81 großer Not geflohen sind. Ihnen wollen wir in Ludwigshafen ein menschenwürdiges  
82 Leben zusichern und eine Willkommenskultur, die sie vor Diskriminierung und  
83 Rassismus schützt und ihnen gute Integrationsmöglichkeiten bietet.

84 Dazu fordern wir:

- 85 • Einbeziehung der Wohnungsbaugesellschaften (insbesondere GAG) und privater  
86 Vermieter bei der dezentralen Wohnungsversorgung
- 87 • Die Verbesserung des Integration- und Berufsangebots
- 88 • Mehr Schulklassen für Flüchtlinge
- 89 • Vermeidung von Ghettobildung
- 90 • Die konsequente Umsetzung der Schulpflicht

91 Integration: Mehr Teilhabe, mehr Förderung

92 Insgesamt weit über 30% der Ludwigshafener haben einen Migrationshintergrund.  
93 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sind in ihren Bildungschancen  
94 oft benachteiligt. Viel zu Wenige erhalten die Ermutigung und Förderung um  
95 Abitur oder Fachhochschulreife zu erreichen; weiterhin zu Viele verlassen die  
96 Schule ohne Abschluss. Jede Investition in Bildung ist eine Investition in  
97 Integration und damit eine Zukunftsinvestition für unsere Stadt. Je früher,  
98 desto besser. Die Integrationspolitik der Stadt braucht ein Konzept und  
99 Koordinierung. So werden wir das friedliche und funktionierende Zusammenleben,  
100 die soziale Integration, in Ludwigshafen mitgestalten.

101 Die Teilhabe der MigrantInnen in den verschiedenen Lebensbereichen der Kommune  
102 ist bis heute nicht gelungen. Kommunales Wahlrecht für alle in Ludwigshafen  
103 lebenden Menschen, nicht nur EU-Bürger. Die Integration ist nicht nur das  
104 Angebot zur Teilhabe, sondern auch der Wille dazu.

105 Grüne Ziele sind...

- 106 • Eine nachhaltige, zukunftsorientierte und koordinierte Migrationspolitik  
107 mit einem Migrationsrat (vorhanden: BMI)
- 108 • Eine intensive Sprachförderung von Anfang an! Schon in den Kindergärten  
109 und Kindertagesstätten
- 110 • Sprachförderung der Muttersprache
- 111 • Die Nutzung des Landesprogramm Kita plus zu niedrigschwelligen  
112 Informations- und Beratungsangeboten für Eltern
- 113 • Familienbildung und -unterstützung mit den Schwerpunkten Erziehung,  
114 Bildung, Gesundheit und Ernährung
- 115 • Angebot für Sprach- und Integrationskurse auch für „freiwillig“  
116 Teilnehmende, z.B. schon länger hier Lebende und mehr Mama-Kurse
- 117 • Miteinbeziehen aller Eltern in die vor- und schulischen Fördermaßnahmen  
118 der Grund- und weiterführenden Schulen ihrer Kinder
- 119 • Ausweitung der inner- und außerschulischen Sozialarbeit
- 120 • Die Begleitung des Übergangs der Jugendlichen mit Migrationshintergrund  
121 von der Schule zum Beruf durch intensive, koordinierte Zusammenarbeit von  
122 Einrichtungen der schulischen und außerschulischen Sozialarbeit
- 123 • Fördermaßnahmen auch für Kinder und Jugendliche und deren Eltern, die in  
124 Deutschland geboren sind
- 125 • Mehr Menschen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst
- 126 • Stipendien für alle, gefördert durch die Stadt
- 127 • Teilhabe der Migranten in allen Bereichen der Politik

128 Inklusion

129 Die UN-Behindertenrechtskonvention, die das Menschenrecht auf selbstbestimmte  
130 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert, ist auch bei uns noch längst  
131 nicht vollständig umgesetzt. Menschen mit Behinderungen sind tagtäglich  
132 vielfachen Diskriminierungs- und Exklusionserfahrungen ausgesetzt. An dem Abbau  
133 dieser Teilhabebehinderungen wollen wir im Land und in den Kommunen arbeiten -  
134 unser Ziel ist die inklusive Gesellschaft!

135 Grüne Ziele sind...

- 136 • Einen kommunalen Behindertenbeauftragten
- 137 • Zur Unterstützung der Kommunalen Behindertenbeauftragten die Erstellung  
138 eines kommunalen Aktionsplans für Inklusion
- 139 • Den weiteren Ausbau von Barrierefreiheit, sowohl im ÖPNV, als auch beim  
140 Wohnraum, der Zugänglichkeit von Arztpraxen oder Wahllokalen.
- 141 • Eingliederungs- und Jugendhilfe eng miteinander vernetzen, mit dem Ziel,  
142 Hilfen und Teilhabeleistungen aus einer Hand zu verwirklichen